

Sozialausschuss am 7. März 2024

Sachstandsbericht Jugendkriminalität

Die Fraktion Freie Wähler bedankt sich für den Bericht und wird den Beschlussanträgen zustimmen. Allerdings sind wir der Auffassung, dass der Soziale Dienst am Ende nur die Schäden repariert, die durch Fehler an anderer Stelle verursacht werden.

Kritisch sehen wir die Bildungspolitik in Baden-Württemberg, die von Bildungstest zu Bildungstest immer schlechter wird. Aus Gesprächen mit Schulleiterinnen und Schulleiter weiß ich, dass der Wegfall der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung genauso ein Fehler war wie die Dauerkritik von Bildungswissenschaftlern an der Hauptschule, die am Ende zu deren faktischen Abschaffung geführt hat. Statt schwächere Schülerinnen und Schüler gut zu fördern, steigt die Anzahl der Schulverlierer, die statt in Ausbildung im staatlichen Leistungsbezug oder in der Kriminalität landen.

Genauso kritisch sehen wir die Situation bei der Landespolizei und der Justiz, die über viele Jahre kaputtgespart wurde. Die Polizeireform in Baden-Württemberg hat weiter dazu geführt, dass die Verantwortlichen der Polizei immer mehr von den Städten und Gemeinden entfernen. Wir schätzen die Arbeit der Polizei in den örtlichen Revieren und Posten sehr. Für die strategischen Linien sind jedoch andere zuständig. Als junger Bürgermeister in Kohlberg kannte ich den Polizeipräsidenten durch Sitzungen im Gemeindetag Kreisverband. Mit etwas Glück bekomme ich heute als Bürgermeister in Plochingen mit, wer gerade Reutlingen das Polizeipräsidium leitet.

Genauso unbefriedigend ist Lage der Justiz. Was bringen die Polizeistatistiken, wenn Verfahren wegen einfachen Delikten wie Ladendiebstahl, Schwarzfahren oder Sachbeschädigung regelmäßig eingestellt werden. Das ist nicht nur für die Ermittler und die Mitarbeiter der kommunalen Ordnungsämter frustrierend, sondern vermittelt den Tätern auch die Meinung „Ich komm ja damit durch.“ So ist oft der Weg auf der schiefen Bahn vorgezeichnet.

Fatal dabei ist, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger unserem Staat nicht mehr zutrauen, diese Probleme zu lösen. Die amtliche Kriminalstatistik legt nur das offizielle Zahlenwerk offen. Die gefühlte Sicherheit vieler Bürgerinnen und Bürger ist jedoch auf dem Tiefpunkt! Hierüber bin ich zutiefst besorgt.

Verschärfend kommen die aktuellen Bandenkriege im Neckartal hinzu. Ich bin froh, dass in den letzten Wochen Verhandlungen stattfinden und immer mehr Täter ermittelt und verhaftet werden konnten. Wenn nun kommunale Sicherheitskonferenzen angeboten werden sollen, ist das ein Schritt in die richtige Richtung, der jedoch zögerlich und viel zu spät kommt.

Wir Freien Wähler unterstützen ausdrücklich das Ziel, junge Menschen noch besser im Vorfeld einer kriminellen Karriere zu erreichen. Zusätzlich zu den in der Sitzungsvorlage genannten Angeboten der Jugendhilfe, müssen Wege gefunden werden, stärker auf die Erkenntnisse der Schulen und der Schulsozialarbeit sowie der allgemeinen sozialpädagogischen Angebote aufzubauen, um frühzeitig und präventiv zu agieren und nicht zu reagieren, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist.

Deshalb bitten wir um eine fachliche Einschätzung der Kreisverwaltung zum KJR-Projekt Reset Plus. Um Kinder und Jugendliche auf der rechten Bahn zu halten, brauchen wir einen umfassenden Ansatz. Alle Akteure müssen jedoch gut aufeinander abgestimmt sein, um effektive Prozesse zu definieren und Parallelstrukturen zu vermeiden